

Anlage zum

Antrag auf verwaltungsrechtliche Rehabilitierung

nach dem Verwaltungsrechtlichen
Rehabilitierungsgesetz (VwRehaG)

AL 2

1. Antragsdaten

Name, Vorname(n) *

Geburtsdatum *

Antrag vom:

Aktenzeichen

2. Angaben zur Antragsbegründung

a) Rechtsgüter

In der Zeit vom 8. Mai 1945 bis zum 2. Oktober 1990 wurde ich im Beitrittsgebiet¹ durch einen unrechtmäßigen Eingriff (Maßnahme) von Staatsorganen, Parteien oder gesellschaftlichen Organisationen in folgenden Rechtsgütern erheblich beeinträchtigt:

Gesundheit/Leben

Vermögen

Beruf

b) Veranlasser der hoheitlichen Maßnahme

Welches Staatsorgan, welche Partei oder gesellschaftliche Organisation hat die Maßnahme seinerzeit veranlasst/angeordnet?

c) Art der Maßnahme

Worin bestand der staatliche Eingriff in Ihrem Fall?

Zwangsaussiedlung (Punkt 3. bitte

andere (weiter mit Punkt 4.)

c) Form der Maßnahme

In welcher Form erging diese Maßnahme?

(Schriftlich, mündlich oder auf welche andere Weise? Bitte, soweit möglich, Bescheide, Schreiben etc. beifügen.)

¹ Gebiet der ehemaligen DDR [einschließlich Berlin-Ost] bzw. ehemaligen sowjetischen Besatzungszone)

3. Zwangsaussiedlung

a) Von welchem Ort wurden Sie wohin zwangsweise umgesiedelt?

(Nachweise über die Zwangsaussiedlung bitte beifügen -soweit vorhanden-)

von

nach

b) Wann erfolgte die Zwangsumsiedlung?

Zeitpunkt

c) Konnten Sie später wieder an Ihren Heimatort zurückkehren?

Ja

Nein

Falls Ja,

Zeitpunkt

d) Nachteile durch die Zwangsaussiedlung ²

Schildern Sie bitte, welche Nachteile Sie durch die Zwangsaussiedlung erlitten haben und wie sich diese Nachteile für Sie noch heute auswirken:

Weiter mit Punkt 5.

4. sonstige staatliche Eingriffe (außer Zwangsumsiedlung)

a) Wenn Sie nicht zu den Zwangsausgesiedelten gehören, worin bestand der staatliche Eingriff in Ihrem Fall? ²

b) Wann und wo hat der Eingriff stattgefunden? ²

c) Aus welchen Gründen erfolgte der staatliche Eingriff? ²

(Bitte vorhandene Beweismittel beifügen)

² Für weitere Angaben verwenden Sie bitte ggf. eine gesonderte Anlage.

zu 4. sonstige staatliche Eingriffe (außer Zwangsumsiedlung)

d) Warum ist die staatliche Maßnahme Ihrer Ansicht nach unrechtmäßig?

e) Worin besteht für Sie der grobe Verstoß gegen rechtsstaatliche Grundsätze?

f) Bitte schildern Sie, welcher Art die Beeinträchtigung in Ihrem Fall ist und wie sich die erlittenen Nachteile für Sie noch heute auswirken.²

5. Enteignungen

a) Waren mit der Zwangsaussiedlung/dem staatlichen Eingriff Enteignungsmaßnahmen verbunden?

Ja Nein

Falls Ja, bitte Gegenstand der Enteignung auswählen:

Ein-/Zweifamilienhaus	Mehrfamilienhaus
Landwirtschaftlicher Betrieb	land-/forstwirtschaftliche Nutzflächen
gewerblich genutztes Grundstück	
sonstige(r) Vermögenswert(e), ²	

Bitte bezeichnen Sie den entzogenen Vermögenswert möglichst genau

(z.B. genaue Lage der enteigneten Immobilie, Angaben zur Grundbucheintragung, Flurstück-Nr., Katasteramt-Nr., ggf. weiterführende Informationen).
Falls vorhanden, bitte eine Kopie des Grundbuchauszuges beifügen.

b) Wurde Ihnen die enteignete Immobilie/der Vermögenswert zurückgegeben?

Ja Nein

Falls Ja, bitte Zeitpunkt der Rückgabe angeben:

² Für weitere Angaben verwenden Sie bitte ggf. eine gesonderte Anlage.

6. sonstige Angaben

a) Welche Folgeansprüche möchten Sie geltend machen?

Versorgung nach dem Bundesversorgungsgesetz für eine infolge des oben dargestellten Sachverhalts erlittene gesundheitliche Schädigung

Leistungen nach dem Beruflichen Rehabilitierungsgesetz für eine infolge der dargestellten Maßnahme erlittene berufliche Benachteiligung (bitte Anlage(n) BerRehaG ausfüllen!)

Ansprüche nach dem Vermögensgesetz auf Rückübertragung/Rückgabe oder auf Entschädigung von entzogenen Vermögenswerten. Hierfür benötige ich eine Bescheinigung über die Antragstellung zur Vorlage bei den Vermögensämtern.

b) Haben Sie wegen der rechtswidrigen Maßnahme, die Gegenstand dieses Antrages ist, bereits früher einen Antrag gestellt?

(Bitte fügen Sie ggf. Antragsdurchschriften, Bescheide, Belege etc. bei.)

Ja, ein Verfahren zur Behebung des Nachteils ist bereits beantragt.

Falls Ja,

Antrag vom: Behörde:

Benachteiligung konnte in diesem Verfahren bereits völlig/annähernd ausgeglichen werden

ein Anspruch wurde abgelehnt

Bescheid vom: Bescheid erstellt durch (Behörde):

Nein, es wurde bisher kein Verfahren eingeleitet

c) Haben Sie wegen der Auswirkungen der rechtswidrigen Maßnahme, die Gegenstand dieses Antrags ist, bereits Ausgleichsleistungen erhalten?

In diesem Zusammenhang sind bitte auch Entschädigungsleistungen von Dienststellen der ehemaligen DDR und im Falle einer Zwangsaussiedlung etwaige Ersatzgrundstücke anzugeben (bitte Nachweise - soweit vorhanden - beifügen).

Ja Nein

Falls Ja,

Betrag: Währung: Rechtsgrundlage der Ausgleichsleistung

7. Hinweise

Datenschutzhinweis

Ihre Daten werden von der Landesdirektion Sachsen in Erfüllung ihrer Aufgaben gemäß den geltenden Bestimmungen zum Datenschutz verarbeitet. Weitere Informationen über die Verarbeitung der Daten und Ihre Rechte bei der Verarbeitung der Daten finden Sie unter dem Link [www.la-direktion.sachsen.de](#) sowie in den dort eingestellten Informationsblättern.

Datum: Ort:

Unterschrift